

Stand: 09.02.2021 14:49:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/8605

"Klimaideologie stoppen III - für eine Trendwende in der EU-Klimapolitik"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 18/8605 vom 24.06.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/9740 des BU vom 30.06.2020
3. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 21.10.2020
4. Beschluss des Plenums 18/11952 vom 08.12.2020
5. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 08.12.2020



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Christian Klingen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Klimaideologie stoppen III – für eine Trendwende in der EU-Klimapolitik

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen für eine grundsätzliche Kurskorrektur der EU, weg von nachweislich unwirksamer Klimaschutzpolitik und Dekarbonisierung, hin zu einer wohlstandssichernden und krisenfesten Politik einzusetzen. Hierfür müssen Entscheidungskompetenzen wieder auf nationale Ebene transferiert werden, um die EU-weite sog. Klimaschutzgesetzgebung durch sinnvolle nationale Umweltbestimmungen zu ersetzen.

Begründung:

Die Folgen durch die Corona-Krise nehmen nach sämtlichen Prognosen historische, bisher unbekannte und gefährliche Dimensionen an. Besonders problematisch ist hierbei, dass die Krise durch eine seit Jahren fehlgeleitete und zentralistische EU-Politik in ihren Folgen noch viel schärfer zu Tage tritt, als das mit einer robusten und national angepassten Politik der Fall gewesen wäre.

Eine Schrumpfung der Wirtschaft im zweistelligen Bereich ist wahrscheinlich, je nach Dauer der Maßnahme ist mit Wertschöpfungsverlusten auf Bundesebene von über 700 Mrd. zu rechnen, Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger rechnet mit bis zu 1,8 Mio. Kurzarbeitern in Bayern und Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker erklärte in einer Pressekonferenz, dass man nach Maßzahlen des Bundes in Bayern mit etwa 5 Mrd. Euro Steuerausfällen rechnen müsste.

Um diesen drastischen Einbrüchen spürbar entgegenzuwirken, die Wirtschaft zu stabilisieren, Arbeitsplätze zu sichern und die Ökonomie langfristig wieder auf Wachstumskurs zu bringen, ist ein grundsätzliches Umdenken im Bereich der Klimapolitik notwendig. Die derzeit verfolgte „klimaneutrale Transformation“ ist nicht nur realitätsfern, sondern fördert soziale und wirtschaftliche Verwerfungen. Zudem geht sie zu Lasten der lokalen und globalen Biodiversität, indem Lebensräume vieler Arten durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien zerstört werden.

Die von der EU forcierten sogenannten „Klimaschutzmaßnahmen“ bilden in Verbindung mit den Corona-Beschränkungen eine nicht hinnehmbare Belastung für die heimische Wertschöpfung. Entscheidungskompetenzen müssen wieder auf nationale Ebene transferiert werden, damit die von der Corona-Krise betroffenen Mitgliedstaaten eigene, von der EU unabhängige, Entscheidungen zur Stärkung ihrer individuellen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten treffen können.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

**Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Drs. 18/8605**

Klimaideologie stoppen III - für eine Trendwende in der EU-Klimapolitik

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Böhm**
Mitberichterstatter: **Dr. Franz Rieger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 30. Juni 2020 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Vorsitzender

sieren, und zwar in Absprache mit der Schulfamilie und den Gegebenheiten, die vor Ort möglich sind. – Ich wünsche allen einen schönen Restabend und gute Erholung. Bleibt alle gesund, bis zu den nächsten hoffentlich wieder guten Debatten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Abstimmungen und die anderen Anträge werden auf die nächste Woche verschoben. Die Dringlichkeitsanträge werden an die jeweils zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Damen und Herren, es ist 23:15 Uhr. Wir haben es geschafft. Wir haben eine interessante und ereignisreiche parlamentarische Diskussion gehabt. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg. Bis zur nächsten Woche. Einen schönen Abend! Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 23:15 Uhr)



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Christian Kligen, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Ralf Stadler, Andreas Winhart** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/8605, 18/9740

Klimaideologie stoppen III – für eine Trendwende in der EU-Klimapolitik

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Martin Böhm

Abg. Dr. Franz Rieger

Abg. Patrick Friedl

Abg. Benno Zierer

Abg. Florian von Brunn

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Christoph Skutella

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Martin Böhm, Christian Klingen u. a. und Fraktion (AfD)

**Klimaideologie stoppen III - für eine Trendwende in der EU-Klimapolitik
(Drs. 18/8605)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Erster Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wahrer Umweltschutz ist Heimatschutz und damit Herzensangelegenheit eines jeden guten Patrioten. Die Dekarbonisierung aber quasi als Monstranz vor sich herzutragen und damit die Lebensgrundlage von Millionen Facharbeitern zu zerstören, das ist Dummheit. Wir sind den gut ausgebildeten und fleißigen Arbeitern in den bayerischen Werkhallen verpflichtet. Deren Arbeitsplätze gilt es für uns zu schützen. Ausgerechnet den Arbeitgebern dieser Bürger legt eine demokratisch nicht legitimierte EU mit Ihrer Hilfe täglich mehr Ökosteine in den Weg. Das Ineinandergreifen von Zulieferern und Herstellern, von Mittelstand und Konzernen, Technologie und Ausbildung funktioniert; deswegen genießen bayerische Unternehmen vom "Hidden Champion" bis zum Automobilkonzern weltweit einen so einzigartigen Ruf. Ohne die Brüsseler Repression bliebe allen wesentlich mehr Luft zum Leben. Durch die Verarbeitung von einem Kubikmeter Stahl, knapp 8 Tonnen schwer, am Weltmarkt für circa 6.000 Euro zu kaufen, kann in der deutschen Automobilindustrie mit der Fertigung von 20 Motor-Getriebeeinheiten eine Wertschöpfung von über 190.000 Euro realisiert werden. Davon werden Löhne und Steuern bezahlt. Davon werden Investitionen finanziert.

(Beifall bei der AfD)

Bei der Elektromobilität, Kolleginnen und Kollegen, haben wir das Nachsehen. Die Wertschöpfung liegt zu 30 % bei den Batteriezellen der Asiaten und zu 15 % bei der Software der US-Amerikaner, also überall, nur eben nicht hier bei uns. Wer Elektromobilität als Fortschritt feiert, wer importierten Kohlestrom als grüne Wende lobt, wem die Kinderarbeit bei der Rohstoffgewinnung der Batteriezellen ganz egal ist, der scheitert nicht nur an der Realität, der blendet diese aus.

Zudem hat noch niemand von Ihnen den immensen klimaideologisch erzeugten Abschreibungsbedarf von Unternehmen benannt. Im Zuge Ihrer totalitären Dekarbonisierung wächst dieser Abschreibungsbedarf bundesweit auf Hunderte Milliarden Euro mit unabsehbaren Steuerausfällen in Folge.

Wahrer Umweltschutz kann nur auf nationaler Ebene funktionieren, mit einem behutsamen Umbau bestehender Strukturen, mit der kompromisslosen Förderung deutschen Ingenieurgeistes, mit dem Einsatz modernster Reaktortechnologie und mit der flächigen Produktion synthetischer Kraftstoffe.

(Beifall bei der AfD)

Vor allem aber bedeutet patriotischer Umweltschutz, die Entscheidungshoheit über den Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel in die ausschließlich nationale Kompetenz zurückzuholen und den Transfer von Steuergeldern in Richtung der Rotweinstaat einzustellen.

Durchbrechen Sie mit uns den Teufelskreis abstruser Klimaideologie. Erhalten Sie mit uns die wichtigen bayerischen Arbeitsplätze. Zeigen Sie mit uns, dass Sie sich mit uns für den Dreiklang von Heimat, Umwelt und Bürgern einsetzen. Unterstützen Sie unseren Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Echten Klimaschutz und regionale Wirtschaftsstrukturen fördern – einer geistlosen Klimasymbolpolitik in Coronazeiten keinen Raum geben!", Drucksache 18/8593, bekannt. Mit Ja haben 14 gestimmt, mit Nein haben 96 gestimmt, Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich rufe nun den nächsten Redner in der aktuellen Debatte auf. – Das ist Herr Kollege Dr. Franz Rieger von der CSU-Fraktion.

Dr. Franz Rieger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die AfD hat heute einen Antrag vorgelegt, mit dem sie die EU-Klimapolitik abschaffen will. Sie begründet dies mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise. Die AfD verkennt dabei, dass Klimaschutz zwingend nicht nur EU-weit, sondern weltweit angegangen werden muss. Es gibt auf dieser Erde 195 Staaten. Man stelle sich einmal vor, jeder Staat macht seine eigene Klimapolitik. Das macht doch wirklich keinen Sinn. Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits jetzt auf der ganzen Welt deutlich und täglich spürbar. Klimapolitik ist damit natürlich auch ein Wirtschaftsfaktor.

Auch in Bayern ist der Klimawandel längst angekommen. Die Durchschnittstemperatur ist hierzulande zwischen 1931 und 2010 um rund 1,1 Grad Celsius gestiegen. Die Folgen zeigen sich auch in den Kommunen in Bayern. Sie wirken sich auf das gesamte Leben der Menschen aus. Deshalb müssen wir dem fortschreitenden Klimawandel und der fortschreitenden Gefahr für Natur und Mensch entgegenwirken. Wieso das nur auf internationaler Ebene Sinn macht, zeigt sich am Pariser Klimaschutzabkommen. Dieses Abkommen ist ganz wesentlich auch auf Initiative der Europäischen Union zustande gekommen. Mit dem 2015 geschlossenen Vertrag verpflichteten sich rund 190 Staaten, die Erderwärmung deutlich unter 2 Grad Celsius zu halten. Es sol-

len weitere Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen. Eine Studie der gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission zu globalen Treibhausgasemissionen hat gezeigt, dass die globalen Treibhausgasemissionen seit Beginn des 21. Jahrhunderts stetig zugenommen haben. Aber: Die EU-Staaten und Großbritannien konnten ihre fossilen CO₂-Emissionen im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr, also zu 2018, um 3,8 % reduzieren. Damit lagen wir immerhin 25 % unter dem Niveau von 1990. Das ist der größte Rückgang unter den Wirtschaftsräumen mit den höchsten Emissionen weltweit. Das zeigt und beweist doch, dass Klimapolitik global gedacht werden muss.

Deshalb unterstützen wir auch den Green Deal mit seinem Kernstück: Wir streben ein klimaneutrales Europa bis zum Jahr 2050 an. Demnach sollen CO₂-Emissionen in der EU bis 2030 um mindestens 55 % im Vergleich zu 1990 sinken. Natürlich sind das ambitionierte Ziele, die im Spannungsverhältnis zum technologisch Machbaren und zur gesellschaftlichen Akzeptanz stehen. Deshalb werden wir die Einzelheiten des Green Deal gemeinsam mit Politik und Wirtschaft intensiv prüfen. Die Klimaneutralität ist am besten mit marktwirtschaftlichen Instrumenten zu verwirklichen. Diese stehen für weniger Verbote, weniger fiskalische Belastungen, weniger Regulierungen und damit insgesamt für weniger Bürokratie.

Eine EU-Klimapolitik entlässt die Mitgliedstaaten natürlich nicht aus ihrer Verantwortung, im Gegenteil. Jeder Staat muss seinen Beitrag leisten. Bayern hat dies getan. Bayern hat seit 2008 rund 1 Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert. Wir zählen heute mit rund 6 Tonnen energiebedingtem CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr weltweit mit zu den fortschrittlichsten Industrieländern. Im Vergleich dazu liegen die USA bei 16 Tonnen. Zudem haben wir 2014 mit dem Bayerischen Klimaschutzprogramm 2050 ein Paket mit elf Schwerpunktmaßnahmen beschlossen. Damit strebt Bayern bis 2050 an, die Treibhausgasemissionen pro Kopf und Jahr auf 2 Tonnen zu senken. Zum ersten Mal verabschiedet der Freistaat ein Klimaschutzgesetz und gibt damit den Anstrengungen zum Klimaschutz ein gesetzliches Fundament. Gleichzeitig achten wir auf

eine gute Balance zwischen Umwelt- und Klimaschutz auf der einen Seite und wirtschaftlichen sowie sozialen Interessen unserer Gesellschaft auf der anderen Seite.

Ich möchte zusammenfassen: Bayern steht mit seinem Klimaschutzprogramm gut da. Das ändert aber nichts an der Tatsache – –

(Zuruf)

– Ich danke für den Zuspruch auf der linken Seite, von mir aus gesehen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass der Klimawandel und damit auch der Klimaschutz – und da werden mir auch die GRÜNEN recht geben – globale Themen sind. Deshalb unterstützen wir die europapolitischen Ziele und Maßnahmen der EU und lehnen wie wohl auch die GRÜNEN den Antrag der AfD –, der wirklich keinen Sinn macht, ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Rieger, bitte denken Sie an Ihre Maske. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Patrick Friedl vom BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der hochgezogene Antrag richtet sich gegen eine gemeinsame Klimaschutzpolitik in der Europäischen Union. Er will eine wirksame Umwelt- und Klimaschutzgesetzgebung beenden, und der Antrag will internationale Kooperation durch eine nationalistische Isolationspolitik ersetzen. Wir lehnen den Antrag deshalb ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Moment noch, Herr Kollege. Zunächst zu unseren Offiziantinnen. Vielleicht nochmal Applaus für unsere Offiziantinnen für die tolle Arbeit, die sie für uns machen.

(Allgemeiner Beifall – Zuruf: Bravo!)

Wenn die beiden fertig sind, dann darf der Kollege Zierer für die FREIEN WÄHLER das Wort ergreifen.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Dieser Antrag beschreibt die Politik von gestern und vorgestern. Er ist überholt; er ist es nicht wert, dass darüber debattiert wird. Er ist bereits im Ausschuss abgelehnt worden, und wir werden ihn auch heute ablehnen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Jetzt müssen wir noch auf die Offiziantinnen warten. Der Herr von Brunn kann sich zumindest schon mal seine Rede überlegen.

(Heiterkeit)

Der nächste Redner ist der Kollege Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD will mit dem Antrag zurück in die atomare und fossile Steinzeit und begründet das mit den dümmsten Argumenten. Wir lehnen ihn ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Christoph Skutella für die FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es kann nicht der Ernst der AfD-Fraktion sein,

(Zuruf)

mit diesem Antrag überhaupt als Hochzieher auf uns zuzukommen. Es geht um "patriotischen Umweltschutz", habe ich jetzt gelernt. – Nein, es geht uns allen um effektiven und effizienten Klimaschutz. Dafür steht der Europäische Emissionshandel; dafür steht das Pariser Klimaschutzabkommen. Das funktioniert auch gleichzeitig mit Wohlstands- und Wirtschaftswachstum. Deswegen werden wir den Antrag auch ablehnen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Skutella. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die anderen Fraktionen sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.